

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Petitzelle 20 Pf.
Herausf. Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 103.

Freitag, den 3. Mai 1918.

75. Jahrgang.

Ungemütliche Zustände.

In der Ukraine geht nicht alles so, wie es gehen sollte. Der rasche und für das Land außerordentlich günstige Friedensschluß hat dem neu gebildeten Staatswesen nicht die Verabsicht gebracht, die man sich von ihm versprochen; ebenso wenig hat die Niederwerfung des militärischen Widerstandes der Bolschewisten durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppenverbände, um die wir durch die rechtmäßige Regierung des Landes gebeten worden waren, den ruhigen und gesetzgebenden Teilen der Bevölkerung die Oberherrschaft gesichert.

Das konnte vielleicht auch nicht so ohne weiteres geschehen, weil namentlich die Bauern bis in ihre tiefsten Einbündnisse hinein durch gewissenlose Agitatoren aufgewühlt waren. Wie in ganz Russland hatte man ihnen auch hier Land und abermals Land versprochen. Der größere Teil sollte ohne jede Entschädigung enteignet und unter die Allgemeinheit aufgeteilt werden. Dadurch waren auf der einen Seite Begehrlichkeiten geweckt worden, die sich vielfach in Gewalttätigkeiten auslösten; auf diese Weise sind in wenigen Wochen Güter und Werte, die sich auf hunderte von Millionen belaufen, völlig zerstört worden. Auf der anderen Seite entstand natürlich zugleich mit der Fragwürdigkeit des Eigenbesitzes eine Unsicherheit aller Verhältnisse, und sein Landwirt, ob „Herr“ oder Bauer, verspürte mehr Lust dazu, seinen Acker zu bestellen, weil er nicht wissen konnte, wer die Früchte des Bodens ernten würde, um die er sich bemühen sollte. Die Winterbestellung war gerade noch ziemlich ungeschmälert besorgt worden. Aber bei der Sommerbestellung, auf die es bei der Getreideproduktion des Landes hauptsächlich ankommt, haperte es ganz gewaltig. Sie wollte nicht in Fluss kommen, obwohl die Zeit dazu immer mehr drängte und schließlich bald keine Stunde mehr zu verlieren war. Diese Lage der Dinge nötigte den deutschen Oberbefehlshaber in Kiew vor jetzt etwa vier Wochen dazu, einen allgemeinen militärischen Befehl zur Felderbestellung zu erlassen. Das geschah im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung, lediglich aus dem Grunde, um ihr die Erfüllung der uns im Friedensvertrag zugesicherten Getreidelieferungen zu ermöglichen. Diese Lieferungen aber bilden einen sehr wesentlichen Bestandteil unseres „Brotfriedens“, dessen beide Mittelmächte sind für die ausreichende Ernährung ihrer Böller auf sie angewiesen. Gegen das Eingreifen des Feldmarschalls o. Eichhorn sind zunächst mancherlei Bedenken laut geworden, auch im Deutschen Reichstag; sie sind aber alsbald wieder verstummt, nachdem Sinn und Zweck seines Vorgehens genügend bekanntgeworden waren.

In Kiew indessen ist sein Erlass zunächst in entstellter Form veröffentlicht worden, was Aufregung im Lande und in der Rada einen Protest hervorrief. Seitdem macht sich dort eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich ancheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtet. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhrn von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, ja man mußte sich sogar davon überzeugen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich an den Treibereien gegen uns beteiligten. Dieser Verdacht wurde zur Gewißheit, als plötzlich ein ukrainischer Finanzschwundlager, der Direktor der Russischen Bank für auswärtigen Handel, Dobro mit Namen, in seiner Wohnung überfallen und weggeschleppt wurde. Er hatte das Verbrechen begangen, zu den deutschen Wirtschaftsbeamten in Kiew in enge Verbindung zu treten und sich bei den sozialen Verhandlungen um die Regelung der Warenbeziehungen mit den Mittelmächten nützlich zu machen. Zugleich erfuhr man, daß weitere Verhaftungen dieser Art vorbereitet wurden — unzweifelhaft auf Veranlassung bestimmter Regierungsmitglieder. Das deutsche Oberkommando durfte aber diesem Wiederbeginn der Anarchie nicht untätig zusehen, sondern nicht alle Früchte unserer bisherigen militärischen und organisatorischen Arbeit in der Ukraine wieder verloren gehen. Deshalb mußte sich der Feldmarschall zur Sicherung der Stadt Kiew zu besonderen Maßnahmen entschließen. Militärgerichte wurden eingesetzt, um allgemeine Verbrechen strenger Bestrafung zu zuführen, und auch sonstige Vorfälle gegen jede Störung der Ordnung getroffen. Und im Zusammenhang mit der Ungelegenheit Dobro mußte zu Verhaftungen geschritten werden, die auch die obersten Regierungsstellen nicht verloren. So wurde vor allem der Kriegsminister Schukowski festgenommen, dann der Kommandant der Stadtmauer, ein Abteilungschef im Ministerium des Innern und ein solcher im Ministerium des Kultus und — damit auch das weibliche Element dabei nicht leer ausging — die Frau des Ministers des Innern Klatschenko.

Das sind nun wahrscheinlich alles nicht etwa Widerstände in unserem Sinne, sondern mehr oder weniger junge Leute, die bei dem Umsturz allerdings in Russland unerwartet rasch zu ihren hohen Stellungen gekommen sind. Der Rausch dieser plötzlichen Aufwärtsbewegung mag ihnen, mehr als dienlich zu Kopfe gestiegen sein; vielleicht kommen sie hinter Schloß und Riegel zurück wieder zur Besinnung. Wir aber können, so unerwünscht die Vorgänge uns auch sein müssen, nicht darauf verzichten, für Ruhe und Ordnung in der Ukraine zu sorgen, solange unsere Besatzungstruppen im Lande stehen. Darin dürfen wir uns nicht durch den jetzt zu erwartenden Vormarsch die „deutsche Gewaltiherrschaft“ in Kiew im mindesten beirren lassen.

Staatsumwälzung in der Ukraine.

Berlin, 2. Mai.

Den neuesten Nachrichten aus Kiew folge hat sich in der Ukraine eine Staatsumwälzung vollzogen.

Die alte Rada und ihre Regierung, die im Lande keinen starken Anhang besaßen, sind von Bauerndeputierten gestürzt worden. In Kiew kam es zu Straßenkämpfen, in die die deutschen militärischen Organe nicht eingegriffen haben.

Die in Kiew von der deutschen Militärbehörde verhafteten Regierungsmitglieder sind wieder aus der Haft entlassen worden. Diese Vorgänge standen mit der Staatsumwälzung in keinem Zusammenhange. Es ist anzunehmen, daß die neue Regierung in Erkenntnis der Interessen des Landes sich völlig auf den Boden des Breites Friedens stellen wird.

Zufuhren aus der Ukraine.

Berlin, 2. Mai.

Amtlich wird berichtet: Wie bereits bekannt, haben die Mittelmächte in den letzten Tagen mit der Regierung der Ukraine Verträge über die Lieferung von Getreide, Ölfrüchten, Futtermitteln und Saaten, ferner von Eiern und Schlachtofleisch abgeschlossen. Die von der ukrainischen Regierung und den Mittelmächten in der Ukraine für die Ausbringung und den Abtransport geschaffene Organisation beginnt bereits zu arbeiten. Nach telegraphischen Meldungen aus Kiew sind in den letzten Tagen des April an ukrainischen Verbandsplätzen etwa 800 Millionen Sennier Getreide und Futtermittel zur Verfügung der Mittelmächte gestellt worden. Nicht unerhebliche Mengen haben bereits die Grenze passiert; in den letzten Tagen sind etwa 1200 Waggons Lebensmittel aller Art über die sogenannte trockene Grenze zu den Mittelmächten bereitgekommen. Von den ersten Lieferungen wird mit Rücksicht auf die zurzeit in Österreich bestehenden Ernährungsschwierigkeiten der größere Teil Österreich belassen werden, während dafür im Juni und Juli der größere Teil nach Deutschland kommt. Aber auch von den ersten Lieferungen sind bereits Sendungen über die Landsgrenze nach Deutschland unterwegs. Insbesondere werden die über das Schwarze Meer in Braila eintretenden Ladungen von Getreide und anderen Lebensmitteln bis auf weiteres ausschließlich Deutschland angeführt werden. Inzwischen sind in Braila bereits 30.000 Sennier Getreide eingetroffen, die mit der Eisenbahn nach Deutschland unterwegs sind.

Gleiches Wahlrecht abgelehnt — Pluralwahl angenommen.

Stellungnahme der Regierung erst nach der 3. Lesung.

u. Berlin, 2. Mai.

Der Paragraph 3 der preußischen Wahlrechtsvorlage wurde heute mit großer Mehrheit in 2. Lesung abgelehnt. Von 422 anwesenden Abgeordneten waren nur 183 für den Paragraphen, der lautet: Jeder Wähler hat eine Stimme. 235 Abgeordnete stimmten gegen diese grundlegende Bestimmung, 4 enthielten sich der Stimme. Der Auschlußantrag zur Einführung des Mehrstimmrechts wurde dagegen angenommen mit 232 gegen 183 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Nach dem Resultat der Abstimmung haben die vorhergehenden Verhandlungen des dritten Tages der Wahlversammlung kein allzu großes Interesse mehr. Die Berichterstattung kann sich deshalb auf das Notwendigste beschränken. zunächst angesichts die wichtige Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums über die Stellungnahme der Regierung ist nach der dritten Lesung Aufmerksamkeit.

Staatsminister Dr. Friedberg:

Herr Dr. Rewoldt hat den Weg der Auflösung als einen ganz besonders ungängbaren bezeichnet. Auch ich würde es nicht als im Interesse des Landes gelegen erachten, wenn in der heutigen Zeit zur Auflösung geschritten werden müßte. Zum Bezugnis dafür, daß dieser Weg ungängbar sei, hat sich Dr. Rewoldt auf eine Rede berufen, die ich seinerzeit in Hannover gehalten habe. Ich mußte darauf geholt sein, daß diese Rede mehrfach zitiert werden würde; das ist mir auch eine ganz besondere Ehre. (Heiterkeit.) Ich kann den Abg. Dr. Rewoldt versichern, daß ich das, was ich damals in Hannover gesagt habe, vollständig aufrechterhalte. Wenn ich in dieser Rede schriftl. gestellt habe an der damaligen Staatsregierung, so muß ich heute erklären, daß ich von dieser Kritik nichts zurücknehmen kann, aber meine heutige Stellung ist verbietet, auf diese Frage näher einzugehen. (Sehr gut! Hört, hört und Bewegung.) Der Vorredner hat auch weiter die Begründung der Vorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode als einen Beweis gegen die Annahme von Neuwahlen herangezogen. Der Minister des Innern hat aber schon darauf hingewiesen, daß dieser Gesichtspunkt allerdings maßgebend sei bei normalen Wahlen, daß aber in einer bestimmten Rüttung die Königliche Staatsregierung natürlich auch

das Recht der Auflösung

habe. Übrigens hätten mich solche Ausführungen weniger überzeugt, wenn sie von Seiten eines Abgeordneten gekommen wären, der diese für uns alle unerwünschte Eventualität zu vermeiden bestrebt ist. Zu diesen gehört Dr. Rewoldt nicht, er ist einer derjenigen gewesen, die am Schluß der Regierung entgeggetreten sind in der Kommission, wie hier im Hause. (Abg. Dr. Rewoldt: Ich bin gar nicht in der Kommission gewesen! — Hört, hört und anh. Heiterkeit redet.) Zedenfalls hat er Gelegenheit gehabt, seine Stellung sehr markant darzulegen und es genügt auch, wenn ich auf die scharfe Kritik in seiner heutigen Rede verweise. (Sehr richtig! links.) Mit seinen ganzen Ausführungen hatte er wohl nur die Absicht, die Regierung zu der Erklärung zu provozieren, ob sie diesen Weg beschreiten wolle oder nicht.

Ich kann nur erklären, daß die Staatsregierung endgültig erst bei der dritten Lesung Stellung nehmen wird; denn es kann zwischen der zweiten

und dritten Lesung doch wohl eine Verständigung möglich sein, wie bereits der Ministerpräsident angedeutet hat.

(Hört, hört. Zuruf v. d. II. Sozialisten: Kubanek.) Daß Dr. Rewoldt diesen Bericht schon von vornherein für ausichtslos erklärt, wird die Regierung nicht betören können. Der Vorredner hat ziemlich scharf auf die Unwilligkeit hingewiesen, daß bei eventuellen Neuwahlen die im heutigen beständlichen Wähler nicht mitwählen können. Das ist gewiß außerordentlich unerwünscht. Aber auch über diese Schwierigkeit muß man im Ratshaus hinwegkommen. Um so mehr, als Sie mit guten Gründen nicht annehmen können, daß die Mehrzahl der draußen stehenden Wähler es übernehmen würde, wenn ihnen eine Erweiterung ihrer Rechte zuteil würde. (Lebhaft. Lust. links); vielmehr würden sie es übernehmen, wenn ihnen statt des von der Regierung vorgeschlagenen Wahlrechts ein Pluralwahlrecht aufgezwingt würde. (Lebhaft. Lust. links.) Dr. Rewoldt ist auch darauf eingegangen, daß die Staatsregierung erklärt hat, für die künftige

Behandlung der Polenfrage

werde es nicht allzuviel ausmachen, ob ein Plural- oder das gleiche Wahlrecht eingeführt werde; also könne sich die Regierung auch mit dem Pluralwahlrecht begnügen. Diesen Scherz hat in der ersten Beilage Dr. Schäffer gemacht, durch die Wiederholung wird er nicht besser. (Heiterkeit.) Man darf nicht übersehen, daß die Regierungsvorlage auf einem ganz bestimmten formalen Prinzip beruht, dessen Boden verloren wird, wenn man das Pluralwahlrecht annimmt. (Heiterkeit links.)

Vor der Ministerrede hatte Abg. Dr. Rewoldt (l.) im Namen seiner Partei erneut ausgeführt, daß diese die Vorlage für ein nationales Unglück hielten und deshalb ablehnen müssten.

Abg. v. Radowitz (bei seiner Partei) gab Erklärungen über die Gründe seines Austritts aus der konservativen Partei. Er bekannte sich als unbedingter, grundsätzlichlicher Gegner des gleichen Wahlrechts, sei aber doch bereit, unter der Voraussetzung wirksame Sicherungen auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten. An der Spalte aller Gründe für diesen Entwurf steht bei dem Redner der Zulässigkeit des Königs von Preußen vom 11. Juli v. J. An diesem Königswort dürfte nicht gedeutet werden, da die Folgerungen unabsehbar sein könnten, wenn das Wahlvertrag nicht ins praktische Leben übergeführt werden. Wenn auch andere Minister kommen sollten, die Krone könne nur nicht anders, als Männer zu wählen, die bereit sind, die gegebenen Anlässe einzulösen.

Abg. Dr. Otto (nati.) erklärt im Namen eines Teiles der nationalsozialistischen Fraktion, daß der Teil sich auf den Boden der Regierungsvorlage stelle. Wenn das Königswort nicht eingelöst wird, so sind schwerwiegende Sicherungen des monarchischen Gefühls unvermeidlich. Es sei unmöglich, gegen den Sinn der Weltgeschichte aufzutreten. Zu dem deutschen Frieden noch außen müsse ein deutscher Friede nach innen treten.

Abg. Dr. v. d. Osten-Sacken (conf.) legt nochmals den zulässigen Standpunkt seiner Partei dar und verwehrt sich gegen die Unterstellungen, besonders von freisinniger Seite. Die Konservativen handeln nur aus ernster Sorge um die Zukunft des Vaterlandes heraus und aus seinem anderen Grunde. Sie sind überzeugt, daß die Ablehnung der Vorlage eine sehr viel geringere Wirkung für die Monarchie haben wird, als ihre Annahme hätte. Deshalb halten sie es für durchaus angebracht, an den besser unterrichteten König zu appellieren.

Nach der nun folgenden Abstimmung verläßt sich das Haus.

Deutscher Reichstag.

(155. Sitzung.)

CB. Berlin, 2. Mai.

Weiterberatung des Arbeitskammergesetzes.

Abg. Brandes (l. Soz.): Die Fehler der Vorlage sind größer als ihre Vorteile. Wir lehnen sie ab. Die Arbeiter sind allein auf ihre Kraft angewiesen.

Abg. Nowicki (Soz.) begrüßt die Vorlage. An der Förderung der Gewerbeberufe, daß die Kosten der Kammer vom Reich getragen werden, halten wir fest.

Abg. Siebel (Soz.): Die Vorlage muß abgeändert werden, ziemlichlich in Bezug auf das Einigungsverfahren. Arbeiter- und Angestelltenausübung müssen in das Geleb hineingearbeitet werden. Es genügt nicht, daß Angestelltenkammern versprochen sind, sie müssen jetzt mit geregelt werden.

Abg. Aulhoff (l.) hat Bedenken gegen die Einbeziehung der Angestellten in die Arbeitskammer. Der neue Mittelstand muß sich selbständig entwickeln können. Das soll keine Bevorzugung der Angestellten sein, aber eine neue soziale Schicht, wie es der neue Mittelstand ist, darf nicht mit den Arbeitern verwechselt werden.

Abg. Marquardt (nati.) verlangt Schutz gegen Maßregelung der Arbeiter durch die Arbeitskammern. Er beruft sich auf die Willensfundgebung des Verbandes der Kaufmännischen Angestellten, die eigene Angestelltenkammern verlangt.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern. Es folgt die zweite Lesung des Haushaltspolitischen des Reichswirtschaftsministeriums.

Abg. Hoch (Soz.) macht ausführliche Angaben über die Aufgaben und den Wirkungskreis dieses neuen Amtes.

Abg. Maher-Kaufbeuren (Str.): Wir waren friedlich gefüllt und haben niemals nach Alleinherrschaft gestrebt, auch nicht auf wirtschaftlichem Gebiete. Man wollte Deutschland wirtschaftlich vernichten, aber der eiserne Ring ist gefrengt. Natürlich hat sich unsere wirtschaftliche Lage im Kriege stark verändert: Wir haben unsere halbe Handelsflotte verloren und unendlich wertvolle Arbeitskräfte sind erhalten geblieben, und das Reichswirtschaftsamt hat die Aufgabe, auf diesen Grundlagen wieder aufzubauen. In allen Unterabteilungen sollten Fachausküsse gebildet werden.

Abg. Südekum (Soz.): Der Gegensatz zwischen Preußen und dem Reich auf wirtschaftlichem Gebiete muß verschwinden, und das Reichswirtschaftsamt muß die Einheit fördern. Warum sagt uns der Staatssekretär nichts über sein Programm? Oder hat er keins? Man darf die wirtschaftliche Kritik nicht unterschätzen, und die Beschlüsse der Vorläufigen Wirtschaftskonferenz sind gefährlicher als die Eroberungskriege des Deutschen Reiches. Eine Verteilung ist nur möglich im Stile der Deutschen Reichsverfassung.

Weiterberatung morgen.

Der Krieg.

Berlin, 2. Mai. Am 1. Mai stiegerte sich von Mittag ab gegen die Front nördlich Dorf Kemmel bis weithin Distanz die feindliche Artillerietätigkeit erheblich. Erkannte Truppenbewegungen und Ansammlungen wurden unter wirksamstes deutsches Vernichtungsfeuer genommen. Die deutsche Führung hat die Initiative und die operative Unfreiheit. Ihr kann es gleichgültig sein, ob die eigene Linie einige hundert oder tausend Meter rückwärts verläuft. Dagegen müssen Engländer und Franzosen bei jedem deutschen Vorstoß fürchten, die in fieberhafter Arbeit neu geschaffenen Stellungen wieder zu verlieren. Ihre Operationsarmee, die zum einheitlichen, gewaltigen Gegenstoß bestimmt war, muß in lokalen Kämpfen sowohl in Flandern wie vor Amiens, an der Marne und an der Oise divisionär und bataillonsweise verstreut werden und verblutet. Damit ist schon jetzt die Fesselung der Hauptmasse der feindlichen Heere an einer von der deutschen Führung gewollten Front erreicht.

Rückzugsgedanken in England.

Die englischen Befriedungen der großen Schlacht im Westen lassen immer deutlicher erkennen, daß die Überzeugung, die Enteinte könne den Krieg militärisch nicht mehr gewinnen, immer tiefer Wurzel saß. Schon jetzt wird die Möglichkeit angedeutet, daß Großbritannien durch die Ereignisse veranlaßt werden könnte, den Krieg abzubauen und seine Heeresmacht vor der Auflösung dadurch zu bewahren, daß die rechtzeitig zurückerkommenden Divisionen nach England oder Südfrankreich eingeschiffen werden. Die Auslösungen der "Daily Mail", die für die Beschränkung des Kampfes auf den Seekrieg eintreten, bilden den schlagendsten Beweis dafür, daß in England sich ein Stimmungsumschwung vollzieht, der — den Verhältnissen Rechnung tragend — geeignet ist, den Auszug des Kampfes zwischen Deutschland und England auf eine wesentlich veränderte Grundlage zu stellen.

Amerika misbraucht das Rote Kreuz.

Die amerikanischen Flieger kommen als Mitglieder des amerikanischen Roten Kreuzes auf Hospitalschiffen nach Europa. Dieser Missbrauch des Roten Kreuzes geht offenbar aus Dokumenten hervor, die abgeschossenen amerikanischen Fliegern abgenommen wurden. Die Gefangenen geben unumwunden zu, daß es allgemein üblich sei, daß die Flieger für die Überfahrt in den amerikanischen Ambulanzdienst eintreten und auf Hospitalschiffen herüberkommen. Nach der Landung in Frankreich treten sie dann sofort in das Automobilkorps und von diesem zur Fliegergruppe über.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Weitere Vernichtung feindlichen Schiffstraumes.

Berlin, 2. Mai. Amtlich wird gemeldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum 19 000 B.-Reg.-To. vernichtet.

Zwei Dampfer wurden im Kanal aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Räumlich festgestellt wurden der englische Dampfer "Knight Templar" (7175 Br.-Reg.-To.) und der englische Staatschoner "Wilson".

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Berlin, 2. Mai. Mehr und mehr dämmert in England die Einsicht, daß der Kampf gegen unsere U-Boote nur um den Preis der britischen Handelsflotte, also auf Kosten der englischen Seegeltung und Weltmachtstellung fortgesetzt werden kann, und die von Ihnen betroffenen Reederkreise horchen argwöhnisch und bekümmert auf die aus Amerika herüberkommenden Stimmen der lachenden Erben. Der amerikanische Marinesekretär Daniels tritt wie Lloyds Liste meldet für eine möglichst nachdrückliche und ausgedehnte Schiffsbeschaffung der Handelsmarine ein, die nach dem Kriege den amerikanischen Handel unter amerikanischer Flagge dienen soll. Dazu schreibt Lloyds

Liste: Diese Neuerung ist wohl Daniels nur zufällig entstanden, sie ist aber doch zu wichtig, als daß man übersehen dürfte. Eine der Kriegswirkungen wird es sein, daß Englands Stellung als Schiffsflottensmacht gewaltig gefährdet wird. Dieselbe Sorge äußert Manchester Guardian vom 21. 3.: Das Hoffen auf die Vereinigten Staaten ist schon in Anbetracht der Verhältnisse nach dem Kriege verfehlt, denn die amerikanischen Schiffe werden dann mit den englischen in ernsten Wettbewerb treten. Die Herrschaft zur See beruht hauptsächlich auf einer starken Handelsflotte und England darf nicht im Streben nach Sieg diese Vorherrschaft opfern.

Ein englisches Kanonenboot torpediert.

Nach einer amtlichen Neuerung ist das englische Kanonenboot "Comet" durch Torpedoschuß versenkt worden. Fünf Offiziere und ein Mann werden vermisst.

Das englische Torpedoboot 90 ist bei stürmischem Wetter gesunken. Ein Offizier und 12 Mann sind dabei um.

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe.

Die englische Antwort an Holland wegen der Beschlagnahme holländischen Schiffstraumes betont, daß die von Holland an die Annahme des Vorschlages der Alliierten, Schiffstram gegen Lebensmittel abzutreten, getupften Bedingungen einer Ablehnung gleichkommen seien. Infolgedessen sei die Beschlagnahme der in Häfen der alliierten Regierungen liegenden Schiffe unvermeidlich geworden. Die Antwort wiederholt dann die Aussage betreffend Schadenersatz an die holländischen Reeder.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 2. Mai. Der Bahnhof Hazebrück lag am 29. April unter aufzumengelästetem deutschen Feuer. Einwandfrei wurde starke Wirkung festgestellt. Mehrere Brände sind beobachtet.

Stockholm, 2. Mai. Wie "Aftonbladet" aus Åbo erfährt, ist der Chef der Roten Gardisten, Kullervo Manner, bei der Einnahme von Viborg in Gefangenschaft geraten.

Amsterdam, 2. Mai. Londoner Blätter melden aus Peking, China habe sich unter dem Druck Englands grundlegend bereit erklärt, die in China ansässigen Deutschen nach Australien deportieren zu lassen. Von deutscher Seite sind durch holländische Vermittelung Schritte unternommen worden, um die Ausführung der Absicht unserer Feinde zu verhindern.

Amsterdam, 2. Mai. Den statistischen Nachweisen zufolge ist die holländische Schifffahrt auf den zehnten Teil des Friedensverkehrs zurückgegangen.

Hannover, 2. Mai. Nach dem Urteil von Sachverständigen hat die neue Sperrmaßregel Englands zur Folge, daß der nördliche Eingang zur Nordsee für die neutrale Schifffahrt tatsächlich gelverrikt ist.

Genua, 2. Mai. Der amerikanische Oberst Holling, einer der Chefs des amerikanischen Flugdienstes, ist in Frankreich auf einer Inspektionsreise getötet worden. Es ist dies der erste amerikanische Oberst, der an der Westfront den Tod fand.

Amsterdam, 2. Mai. Wie ein hiesiges Blatt aus London erfährt, teilte der Vorsitzende des Bundes der Matrosen und Heizer Havelock Wilson mit, daß durch den U-Bootkrieg seit August 1914 ungefähr 15 000 englische Seeleute umgekommen seien.

Aus Bern meldet das "Berliner Tageblatt": Alle militärischen Besprechungen des "Petit Journal", des "Echo de Paris" und anderer Blätter geben zu, daß der deutsche Erfolg am Kammel von größter Bedeutung sei. Der "Matin" weist darauf hin, daß die Deutschen hinter der Front glänzende Verkehrsmittel haben, während die Hauptverbindung der Engländer Calais-Hazebrück-Opern jetzt schon in die Schlacht einbezogen sei.

Vom Tage.

Ein paar "Damen" des englischen Roten Kreuzes haben bei einer Fahrt durch Frankreich vom Zuge aus deutsche Kriegsgefangene auf dem Felde arbeiten, und die menschenfreundlichen Samariterinnen bedauerten, daß sie keinen

Revolver bei sich hätten, um die Gefangenen niedergeschlagen zu können. Ein englischer Arzt, der im gleichen Abteil saß, gegen die Gefühlsprobe protestierte, brachten ihn die Wachtmeister zur Anzeige, worauf der Doktor zu einer hohen Geldstrafe verurteilt und aus Frankreich ausgewiesen wurde. Die großbesetzten Ladies verdienten, ausgehauen zu werden — selbstverständlich nicht in Marmor.

In der Kultur, für die sie ja in den Krieg gezogen sind, machen die Amerikaner staunenswerte Fortschritte. Gestern sind sie bereits so weit, daß sie Leute, die sich dem französischen Kulturbewegungen schuldig machen, nach beliebter Wild-West-Manier teeren und federn. Zum Lynch und zum Passowerten werden sie auch noch kommen, und Vater Wilson wird in salbungsvollen Predigten an neutrale und andere naive Zuhörer auch diese Art der Kriegsführung zu vertreten wissen.

In Australien ist die Papiernot so gewachsen, daß, wie die "Times" befürchtet, die australischen Blätter demnächst ihr Erscheinen werden einstellen müssen. Diese drohende Katastrophe sollten die Engländer unter allen Umständen abzuwenden suchen. Wer soll denn, wenn es keine Zeitungen mehr gibt, den Australiern und den Kängurus die großen englischen Siege vorführen?

Amerikas "Marktkönig" John Philip Sousa, dessen "Washington Post" einst sämtliche Köchinnen der alten und der neuen Welt in helle Begeisterung versetzte, hat, wie ein Chicagoer Blatt meldet, einen March komponiert, der zur Auseinandersetzung der Schiffsbautätigkeit überall öffentlich gewillt werden soll. Im Orchester werden zur Erhöhung der Klangwirkung Schiffssirenen, Schmetterlingsbälle und Rennmaschinen als Instrumente verwendet. Also Schiffbau mit futuristischer oder dadaistischer Musik! Im übrigen dürfen untere U-Boote den "noch Roten" gebauten Schiffen schnell genug zum Langleben ausziehen.

Pour le mérite.

Berlin, 2. Mai. Der Kaiser hat dem österreichisch-ungarischen Feldmarschall Baron Koech von Koechhaza den Orden pour le mérite verliehen.

Die Abstimmung der Parteien.

Berlin, 2. Mai. Bei der heutigen Abstimmung des Abgeordnetenhauses über das gleiche Wahlrecht stimmte nur die Linke geschlossen, und zwar dafür. Dagegen war bei den anderen Parteien die Abstimmung geteilt. Von den Nationalliberalen stimmten 35 für und 26 gegen, vom Zentrum stimmten 15 gegen und die übrigen für, von den Freikonservativen stimmten 4 (einschließlich des Abgeordneten Kardorff) für, selbst von den Deutschkonservativen stimmte ein Abgeordneter (Wallbaum) für.

Friedenskundgebung in Wien.

Wien, 2. Mai. Die Arbeiter veranstalteten gestern anlässlich der Maifeier Kundgebungen mit dem Programm für allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen.

Protest gegen Rumäniens Einverleibungspläne.

Zürich, 2. Mai. Aus Petersburg wird gemeldet, daß die russischen Sowjets gegen Rumäniens Plan, Gebiete sich gewaltsam anzueignen, formell Einpruch erhoben.

Rußland angeblich wieder kriegslustig.

Hannover, 2. Mai. Londoner Blätter behaupten, daß man in Rußland sich ernsthaft mit dem Gedanken trage, von neuem am Kriege teilzunehmen.

Friedensregungen in Paris.

Genua, 2. Mai. In Frankreich ist die schwankende Haltung der Kammertinken in der Weltfriedensfrage einer entschiedenen Parteinaufnahme für sofortige Friedensabnahmen gewichen. Sembat bringt in der "Humanité" dieses dringende Verlangen zum Ausdruck. Sembat Artikel entspricht den Ausschreibungen nicht bloß der Kammertinken, sondern auch der radikal-sozialistischen Liga Dablier.

Englischer Staatshaushalt.

London, 2. Mai. Das neue Finanzgesetz wurde im Unterhaus eingeführt. Die ganze im ehemaligen Staatshaushalt enthaltene Summe beträgt 842 Millionen Pfund, oder mehr als 16% Milliarden Mark.

Japan bleibt "Gewicht bei Fuß".

Hannover, 2. Mai. Wie aus Tokio gedreht wird, erklärt der neue japanische Minister des Kulturs, Baron Goto, daß in Japans auswärtiger Politik keine Änderung eintrete.

Wie du willst, Anna. Was aber die Aussteuer betrifft, so sind die Kosten und Kosten, Trüben und Schänden auf Hennigshof bis an den Rand vollgeprägt — sie warten nur auf dich.

Ich weiß es, Walter, und danke dir", sagte Anna lächelnd und drückte leicht seine breite, starke Hand.

In diesem Augenblick erscholl die Peitsche eines Dampfboots, das soeben beidrehte und an der Landungsbrücke von Brunsbüttel anlegte, die man von hier aus übersehen konnte.

Da kommt der Dampfer von Hamburg und bringt neue Gäste", sagte der Kapitän. "Die Sommerschwalben haben sich dieses Jahr frühzeitig auf die Fahrt gemacht."

Schweigend beobachtete man die Landung des Dampfers und das Aussteigen der Passagiere, die sich rasch über den Strand verteilten. Die leichten, die den Dampfer verließen, waren eine Dame und ein Herr, der sich auf den Arm der Dame stützte und auch einen derben Stock beim Gehens benutzte. Ihnen folgte ein Diener mit dem Gepäck.

"Das muß etwas Vornehmes sein", sagte der Kapitän, der die Reisenden durch ein Fernglas beobachtet hatte. "Reisende mit Dienerschaft hat man hier selten. Niemand soll's wundern, wo die unterkommen wollen. Die Dame hat schon ganz silberweißes Haar."

Der Strand war leer geworden. Die Reisenden hatten sich in dem Dorfe verloren.

"Wollen wir nicht in das Haus gehen, Tante?" fragte Anna, da sie bemerkte, daß Frau Krüger in der frischen Seeluft fröstelte.

Sofort erhob sich Hennigsen und bot ihr den Arm und alle beobachteten sich dann in das Haus.

Nach einiger Zeit wurde der Deichhauptmann abgerufen. Eine Dame wünschte ihn zu sprechen.

Im Hausschlaf trat ihm eine schwärz gesellte ältere Dame entgegen, deren vornehmes Gesicht von der Anstrengung des Weges und der Seeluft von einer frischen Röte überzogen war, die noch durch das silberweiße, volle und sich weich um die Stirn schmiegende Haar erhöht wurde.

"Womit kann ich dienen, meine Gnädige?" fragte er. "Mein Name ist Deichhauptmann Hennigsen."

"Ich komme wegen einer Sommerwohnung, Herr Deichhauptmann . . ."

Die Schatten leben . . .

Roman von Otto Elster.

26. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

12. Kapitel.

Es war Frühling geworden. In Brunsbüttel rüstete man sich zum Empfang der Sommerschwalben". Der durch die Sturmfluten des Winters teilweise zerstörte Strand, die Brücke und der Strandpavillon waren wieder in Stand gesetzt, die Segelboote frisch gestrichen und die Häuser der Fischer und Bauern gereinigt und gelüftet. Der erste Dampfer von Hamburg war gekommen und hatte bereits eine Anzahl "Sommerschwalben" gebracht.

Bor der Tür des Herrenhauses von Hennigshof, an einem großen runden Tisch, den zwei mächtige Linden beschatteten, saß der Deichhauptmann mit seinem Besuch, dem Kapitän Krüger, seiner Frau und Anna.

Emanuel Krüger hatte sich zur Ruhe gesetzt — „abgefaktelt und auf den Strand gesetzt“, wie er das nannte. Seine Frau hatte ihm keine Ruhe gelassen, bis er um seine Pensionierung eingekommen war, die ihm gern gewährt ward, da er nun schon vierzig Jahre lang treu und redlich gedient hatte. Nachdem er die erste Zeit viel gebrummt und große Sehnsucht nach seinem Dreimästschoner, der "Maria Elisabeth", gespürt hatte, fühlte er sich jetzt ganz behaglich und genoß die Ruhe des Alters in vollen Zügen. Seine Zufriedenheit wurde noch größer, als Anna seinen Wunsch erfüllte und dem Deichhauptmann Walter Hennigsen das Jawort gab.

Ja, Anna war verlobt! — Es war ihr jetzt noch über raschend, wenn sie davon dachte. Sie hatte Walter Hennigsen das Jawort gegeben, nicht im Überchwang der Gefühle, nicht mit einem vom Glück der Liebe erfüllten Herzen, sondern weil sie den wackeren Mann hochachtete und gewußt war, daß sie an seiner Seite ein Leben des stillen Friedens, ein Dasein fern von allen Stürmen führen werde.

Wenn ihre Verwandten starben, dann stand sie wieder allein da in der Welt! Dann war sie wieder auf sich allein angewiesen, und sie war keine Natur, die des Kampfes froh war. Sie liebte den stillen Frieden, die treue Pflichterfüllung im engen Kreise des häuslichen Lebens. Die Welt da draußen hatte keinen Reiz für sie.

Das Genußer Todesurteil.

Berlin, 2. Mai. Die "Nord. Allg. Zeitung" berichtet, daß in Genua die deutschen Reichsangehörigen Königstein, Umpf und Hoh, die bei einer der Elektrizitätsgesellschaft eine leitende Stelle hatten, wegen Spionage in contumaciam zum verurteilt worden, ohne daß für ihre Schuld wie ein schlüssiger Beweis hat erbracht werden kann. Die deutsche Regierung ließ nunmehr die Vermittlung der schweizerischen Regierung italienischen Regierung erläutern, daß sie diese für allen den Verurteilten aus dem Urteil erwachsenden Schaden verantwortlich mache und sie sofern etwa auf Grund des Urteils Maßen gegen das in Italien befindliche Vermögen benannten ergriffen werden sollten, die geeigneter Interessen zu schädigen, man unverzüglich in schärfsten Gegenmaßregeln greifen werde. Sie zeigte ferner eine Neuerung der italienischen Regierung darüber, was diese zu tun gedenke, um die in der offenbar widerrechtlichen Verurteilung zu agen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Hauptausschuss des Reichstages beschloß mit Mehrheit trotz des Widerworts des Staatsrates die Aufhebung der Portofreiheit derjenigen Gewählten und Wählten, soweit sie nicht die Staatsverträge des Norddeutschen Bundes mit Königreichen Bayern und Württemberg für den Verkehr dieser Bundesstaaten zugesichert ist. Das Gesetz wurde unverändert angenommen. Umsatzsteuergesetz rief lebhafte Auseinandersetzungen.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rumänien steht unmittelbar bevor. Wie von Berliner Stelle gemeldet wird, hat sich der bulgarische Präsident Dr. Radošlawow nach Bukarest begeben, dort den Friedensvertrag mit Rumänien zu unterschreiben. Aus dieser Tatsache darf der Schluss gezogen werden, daß es gelungen ist, die Fragen, die im Zusammenhang mit den Befreiungsverhandlungen zwischen Rumänien und der Türkei zu regeln waren, zum mindesten vorläufigen Lösung zu führen. Es ist möglich, daß der türkische Großwesir, Talaat Pascha, sich noch erst begibt, um gleichfalls bei der Unterzeichnung der Verträge persönlich mitzuwirken zu können.

Eine Abänderung des badischen Gemeindewahlgesetzes wurde im Justizausschuss der Zweiten badischen Kammer in Aussicht gestellt. Staatsminister v. Bodman ließ bei Beratung der verschiedenen Parteianträge über Einführung des gleichen, allgemeinen, direkten und freien Wahlrechts an Stelle der jetzigen Klassenwahl in Gemeinden: Die badische Regierung werde dem sich nach Aufhebung der Klassenwahl entsprechenden und nächsten Landtag den Entwurf über die Reform der Städteordnung vorlegen. Die Zeit für die Einführung des Frauenstimirechts sei noch nicht gekommen.

Rußland.

Der Vollzugsausschuss des allrussischen Sowjetes in Moskau hat Trotzki's Plan der allgemeinen Körperschaft genehmigt. Danach sollen alle männlichen Männer im Alter von 16 bis 40 Jahren militärisch ausgebildet und alle Arbeiter und Frauen zur Dienstpflicht im Land herangesogen werden. Die Verbündeten aus der Annahme dieses Planes die Hoffnung, Rußland noch einmal in den Krieg einzutreten. Ob diese Hoffnung erfüllt ist, zumindest sehr fraglich.

Großbritannien.

Unter dem Druck der Verhältnisse hat die Regierung Einführung der Dienstpflicht in Irland verschoben. Königliche Verordnung vertragt das Inkrafttreten des Gesetzes auf unbestimmte Zeit. Die Londoner Presse erklärt, daß die Regierung sich entschlossen hat, bezüglich der Einführung der Dienstpflicht in Irland in den nächsten Jahren eine abwartende Haltung einzunehmen, bis sie seien kann, welchen Erfolg das Gesetz über die Selbstverwaltung in Irland haben wird, das in den nächsten Jahren eingebracht werden soll. Nur schwer wird sich die Regierung Lloyd Georges für diesen Schritt entschieden.

Ich vermittele eigentlich nicht an Sommerfremde, die Frau. O wie schade! Die Lage Ihres Hauses entspricht meinen Wünschen. Viel Lust würden wir Ihnen machen, wir haben Dienstleistung mitgebracht. Bitte, gnädige Frau — treten Sie ein — Sie erhält von dem Wege und hier im Hausschlür steht.

Dann öffnete er die Tür der „guten Stube“, die Arbeits- und Wohnzimmer gegenüberlag. Nehmen Sie Platz, gnädige Frau — darf ich Ihnen Erfrischung anbieten? Ich danke sehr. Lassen Sie uns zuerst unser Geschäft machen. Würden Sie sich nicht entschließen können, mein Sohn und mich nebst einem Diener aufzunehmen? Ich brauchen nur das Frühstück — das übrige Essen ist der Diener vom Wirtshaus im Dorf heraus.

Wenn ich Sie aufnehme, gnädige Frau, würde ich Ihnen auch die Beleidigung gewähren können. Aber ich weiß, es wird Ihnen hier oben zu einsam sein. Der Strand ist sehr weit.

Gerade diese Einsamkeit zieht uns an. Mein Sohn kennt Herrn Deichhauptmann. Er hat mehrere Monate gelitten und soll sich jetzt in der frischen Seeluft befinden — er ist fast blind und lebt es nicht, viel Menschen zu wissen.

Ich bedaure Sie und Ihren Herrn Sohn sehr. Haben Sie mit diesem Zimmer und zwei angrenzenden Nebenzimmern aufzudenken? Eine Tür aus dem Schlafzimmer führt direkt in den Garten.

Er öffnete die Nebenzimmer und lud die Dame zur Abstellung ein.

Nicht nötig, mein Herr, sagte diese. Ich sehe genug. Sie sind herrliche Zimmer mit prächtiger Aussicht auf See — ach, leider kann sie mein armer Sohn nicht mehr hören!

(Fortsetzung folgt.)

haben; aber das entzündete Verlangen der Arbeiterpartei, die gefährlich aufflammende irische Bewegung gegen die Dienstflucht, deutliche Winke der Vereinigten Staaten und schließlich als starke Kraft die englische Mannschaftsnot und die Bedrängung und schlimme Lage der flandrisch-französischen Front — das alles hat zusammengebracht, um Lloyd George einzustimmen. Noch ist aber nicht sicher, ob das Selbstverwaltungsgesetz die Wogen des Auszugs in Irland zu glätten vermag.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 2. Mai. Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf befindet sich auf dem Wege der Besserung und wird in den nächsten Tagen von Bern nach Binnau überseilen.

Berlin, 2. Mai. Der private Post- und Telegrafenverkehr mit Ostland, Finnland und dem Gouvernement Ost ist am 1. Mai nach den für das Postgebiet Oberost geltenden Vorschriften aufgenommen worden.

Berlin, 2. Mai. Der frühere Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium Graf Seewerckes, der bis jetzt als Kommissar des Reichskanzlers für die besetzten Ostgebiete, besonders für das Baltikum und für Litauen tätig war, ist von dieser Stellung zurückgetreten.

Berlin, 2. Mai. Die Annahmesperre für Privatpaket- und Privatrachtläufe über die Militärpostämter nach der Westfront ist aufgehoben. Nur der Verlust von Paketen (von mehr als 50 bis 550 Gramm) bleibt bis auf weiteres noch gesperrt.

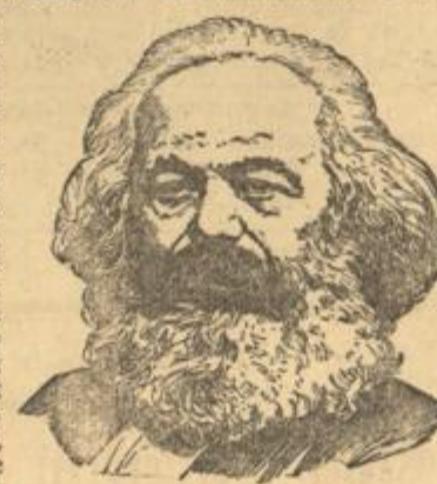
Dresden, 2. Mai. In der Zweiten Kammer wurde von nationalliberaler Seite gefordert, die Regierung möge auf volleige Vereinigung des Vermögensgelebes und des Belagerungszustandes hinweisen.

München, 2. Mai. In der bayerischen Abgeordnetenkammer kündigte Staatsrat v. Stiebel ein neues Reichsgesetz über das militärische Renten- und Fürsorgewesen an, das den Zeitverhältnissen nicht mehr entspreche. Das neue Gesetz wird dem Reichstag vorgelegt.

Karl Marx.

Geboren am 5. Mai 1818 in Trier.

Wenn heute nicht der Krieg totte, der eine ganze Welt in seinen Bann geschlagen hat, so wäre der fünfte Maitag ein Weltfeiertag für die internationale Sozialdemokratie; denn ohne Zweifel ist Karl Marx das geistige Oberhaupt der sozialistischen Gedankenwelt, und wenn auch heute gerade innerhalb des Sozialismus der marxistischen Theorie starke Gegner erwachsen sind, die grohe Masse — und gerade die, die ihn nicht kennt — ist doch seines Geistes Kind. Und doch, wenn es je eine weltumspannende Glückseligkeit ist, die gegeben hat, die schnell durch die rauhe Wirklichkeit als wirtschaftsfremd erwiesen ist, so ist es die marxistische Richtung innerhalb des Sozialismus. Fünfunddreißig Jahre nach dem Tode ihres eigentlichen Begründers muß die „Internationale“ unter dem Anhänger des wiedererwachten nationalen Gedankens in den Arbeiterparteien aller kriegsführenden Länder ihren Zusammenbruch befürchten. Sie hat die Lehre des großen Berührers und Verneiners durch die Wirklichkeit des Weltgeschehens selbst eine Verneinung erfahren.



Karl Marx

Lebte gegeben hat, die schnell durch die rauhe Wirklichkeit als wirtschaftsfremd erwiesen ist, so ist es die marxistische Richtung innerhalb des Sozialismus. Fünfunddreißig Jahre nach dem Tode ihres eigentlichen Begründers muß die „Internationale“ unter dem Anhänger des wiedererwachten nationalen Gedankens in den Arbeiterparteien aller kriegsführenden Länder ihren Zusammenbruch befürchten. Sie hat die Lehre des großen Berührers und Verneiners durch die Wirklichkeit des Weltgeschehens selbst eine Verneinung erfahren.

In seinem 1847/48 nach der Londoner Arbeiterkonferenz gemeinsam mit Engels aufgestellten berühmten „Kommunistischen Manifest“ standen die Worte, die für Millionen eine Baublattform geworden sind: „Die Emancipation der Arbeiterklasse ist eine internationale Aufgabe.“ Und seine anderen Worte: „Das heutige Lohnverhältnis der Arbeiterschaft zum Unternehmertum führt zu fortwährender Verelendung breiter Volkschichten.“ Es sind die Grundgedanken der marxistischen Gedankenwelt, die er mit glühender Begeisterung, unterstützt von einer seltenen Belebtheit und im Besitz einer vielseitigen geschichtlichen und nationalökonomischen Bildung immer wieder und wieder vertreten. Ihm gilt auch sein Hauptwerk „Das Kapital“. Wenn er mit diesen Grundgedanken auf der einen Seite eine neue Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus begründete, so schweigt er auf der anderen Seite die arbeitenden Massen des Erdalls, soweit sie sich zum Sozialismus bekannten, zu einer einzigen Klasse zusammen, er wird zum eigentlichen Vater der Internationale. Es ist nicht Aufgabe dieser Zeilen, für oder gegen das Lehrgebäude Marx' Partei zu nehmen, sie sollen nur die Entwicklung aufzeigen. Dabei kann zum Schlus nicht vergessen werden, daß gerade von sozialistischer Seite in neuester Zeit am Marxismus bestige Kritik geübt worden ist. Seine Verelendungstheorie ist mitunter der Internationale verworfen. Und was das Wesentliche ist: die Arbeiterschaft aller kriegsführenden Länder hat sich durchaus national betätigt, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, die der Macht der Tatsachen spottend unentwegt an der Theorie des Meisters festhielten. Und so steht denn heute, am hundertsten Geburtstage des Begründers der Internationale, des geistigen Rührers des modernen Sozialismus, die er umfassende sozialistische Gedankenwelt vor der Tatsache, daß Lassalle, Marx' großer Gegner, auf rechtem Wege war, wenn er den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter bei aller Betonung des Gegenseitens zum Kapital in engen nationalen Grenzen geführt wissen wollte, wenn er den Staatssozialismus als Programmpunkt betonte gegenüber der Marx'schen Staatsfeindlichkeit.

Aus Nach und Fern.

Herborn, den 8. Mai 1918.

○ Landwirte, baut Topinambur an. Der Topinambur oder die Erdzwiebel ist eine im allgemeinen zu wenig beachtete dauernde Nutzpflanze, die ganz besonders dazu geeignet ist, an Waldrändern und in Waldlichtungen anzuwachsen zu werden. Sie lockt den Waldboden und

verschafft dadurch die besten Voraussetzungen für die Samung des Bodens oder dessen spätere Bearbeitung. Die Knollen dienen zur menschlichen Ernährung und geben ein jantes, wohlsmakendes Gemüse ab. Es empfiehlt sich, immer nur so viel Knollen aus der Erde zu nehmen, wie gerade gebraucht werden, da sich der Topinambur in Wiesen oder Feldern nur kurze Zeit (zwei bis drei Wochen) hält, dagegen gegen Frost ziemlich unempfindlich ist. Häufig löst man die Knollen sogar bis zum nächsten Frühjahr in der Erde. Die Laubrente hat vor Eintritt starker Fröste zu erfolgen. Die Blätter werden auf Gerüten oder in kleinen Bünden getrocknet und bieten ein vorzügliches Viehfutter, ebenso wie die Knollen als Schweinefutter verwandt werden können. Im feldmäßigen Anbau liefert der Topinambur einen Durchschnittsertrag von 150 Doppelzentner pro Hektar. Das Auslegen der Knollen kann bis in den Mai hinein erfolgen. Die Knollen werden bei 60 Centimeter Tiefe etwa 5 bis 8 Centimeter tief geplant. Für kräftige Düngung und Reinhalterung des Bodens durch zweimaliges Bearbeiten in den ersten Monaten ist der Topinambur hervorragend.

○ Versorgungsgebühren für Angehörige verminderter Kriegsteilnehmer. An Stelle der bisher gezahlten Beihilfen werden in Zukunft nach einer Verordnung des preußischen Ministers des Innern Versorgungsgebühren oder Vorschüsse auf diese an die Angehörigen gewährt. Die Vorschüsse sind in der Regel in voller Höhe der Versorgungsgebühren anzusetzen. Wie der Minister bemerkt, unterliegt es keinem Bedenken, diese Vorschüsse als Hinterbliebenenbezüge anzusehen. Demgemäß ist die Zahlung der Familienunterstützung vom Zeitpunkt der Bewilligung der Vorschüsse ab oder nach Ablauf der vom Beginn der Vorschüszahlung ab rechnenden drei Monate einzustellen. Werden die Hinterbliebenenbezüge später nach Feststellung des Todesfalls des Vermütheten für eine vor der Zahlungsermächtigung der Vorschüsse liegende Zeit bewilligt, so wird dann auch die Familienunterstützung anderweit zu regulieren sein. Sollten in einzelnen Fällen aber die Vorschüsse nicht ausreichend sein, um die Bedürftigkeit zu beheben, so werden die Gemeinden die Angehörigen der Vermütheten im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu unterstützen haben. — Den Familien der ohne Rente aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften wird im Falle der Bedürftigkeit, abgesehen von der Gewährung der Halbmonatsrente der Familienunterstützung als außerordentliche Unterstützung ebenfalls im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu helfen sein. Mit den Entlassenen sind dahingehende Abmachungen zu treffen, daß die aus Kriegswohlfahrtspfleinen gemachten Zuwendungen als Vorschüsse auf etwaige späteren Militärräten anzurechnen sind.

○ Ausbesserungsarbeiten von Schuhzeug. Wie das Kriegsverwaltungssamt in seinen amtlichen Mitteilungen den Preisprüfungsstellen bekanntgibt, laufen viele Beschwerden über übermäßige Preissteigerungen bei Ausbesserungsarbeiten von Schuhen ein. Insbesondere lassen sich die Schuhmacher bei Ausbesserungen oft höhere als die Höchstpreise zahlen. Nun sind aber von der Gutachterkommission für Schuhwaren Richtsätze festgesetzt; derjenige Schuhmacher, der die Richtpreise überschreitet, fügt sich einem Ermittlungsverfahren wegen übermäßiger Preissteigerung aus. Da die Schuhmacher häufig den Einwand erheben, sie hätten beim Erwerb des Stoffes selbst hohe Schlechthandelspreise anlegen müssen, so werden in solchen Fällen die Vorgänge den Polizeibehörden durch die Preisprüfungsstellen abgegeben werden zwecks Prüfung, ob dem Schuhmacher der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs ganz oder teilweise wegen Unzuverlässigkeit zu unterliegen ist.

Bom Main. Zwischen flüchtig gegangenen Russen, die in Nöllbach bei einem Einbruch überrascht wurden, und Obernburger Einwohnern kam es zu einem Kampf auf Leben und Tod. Einer der Russen wurde niedergeschossen, die übrigen nahm man fest.

Frankfurt a. M. Die Kriegsamtsschule stellt zur Weiterführung von Neubauten, für Leitung von Wohnungen, Uml- und Ausbauten und auch für Neubauten von kleinen Wohnhäusern Baumaterialien zur Verfügung. Durch diese Maßnahmen soll einer späteren Wohnungsnöte vorgebeugt werden.

Fulda, 2. Mai. In der letzten Nacht brach auf der Hüttenmühle bei Brunnzell ein Großfeuer aus, das innerhalb dreier Stunden das ganze Werk vollständig einäscherte.

○ Eine Erweiterung der Leipziger Messe. Vor Herbst 1918 ab wird der Leipziger Messe unter der Bezeichnung Baumesse eine neue Abteilung angegliedert werden. Die Baumesse wird sich auf die Herstellung, der Betrieb und die Bearbeitung jedweden Bau- und Wohnbedarfs, auf die Bauausführung und Baugestaltung erstrecken.

○ Die älteste Apotheke Deutschlands. Die Apotheke in Hildesheim konnte ihr 600-jähriges Bestehen feiern. Mit diesem Alter darf sie den Anspruch erheben, die älteste Apotheke Deutschlands zu sein. Der Name des ersten Apothekers ist der Nachwelt erhalten. Er hieß Reiner und wird in den Annalen als Apothekarius und Gewürzrämer aufgeführt. Später hat der Rat die Apotheke erworben, und seit dem Jahre 1518 befindet sie sich an jetziger Stätte.

○ Ein Bund deutscher Amtsanwälte ist in Berlin gegründet worden. Als Hauptarbeitsziel gilt die allgemeine Standesbedeutung.

○ Anzugshamster. Einem Schneidermeister in Köln waren fürstlich von einem Elternpaar 11 verschiedene Stoffe für einen Anzug für den Sohn vorgelegt worden. Der Schneidermeister erklärte, daß manche Kriegsgemüter sich 10 Anzüge auf einmal machen ließen. Eine Dame habe 15 Anzüge auf einmal gekauft. Dabei gibt es Millionen von Menschen, die kaum noch das Nötigste haben, um ihre Blöden decken zu können, und Gefahr laufen, bei längerer Dauer des Krieges nach wie Adam herumlaufen zu müssen.

○ Gegen die Lebensmittelhamster unter den Ausflüglern. In den sächsischen Ausflugsorten und Sommerfrischen und ihrer Umgegend werden häufig mit Ausweis versehene Beamte des Kriegswohleramts in Zivilkleidung auf Lebensmittelhamster fabrinen. Von amtlicher Seite werden deshalb Ausflügler, Sommerfrischer und Kurgäste dringend vor unzulässigem Anlaufen von Butter, Eiern und anderen Lebensmitteln gewarnt. Während Kurgäste und Sommerfrischer nur eine den Zeitverhältnissen entsprechende Rost erwarten können, kann für den Ausflüglerfeind bei der Unmöglichkeit eines Ausgleiches deswegen auch eine solche nicht gewährleistet werden, so daß Ausflügler gut tun werden, sich mit Plundervorrat zu versetzen.

Das Verwundeten-Abzeichen ist nicht nur für Kriegsteilnehmer bestimmt, die durch feindliche Einwirkung verwundet wurden; es wird auch allen ehemaligen Angehörigen mobiler Verbände verliehen, wenn sie infolge der Strapazen dieses Krieges Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben und infolgedessen aus dem Heeresdienst ausgeschieden sind. Anträge der ehemaligen Kriegsteilnehmer auf Verleihung des Abzeichens sind an das zuständige Bezirkskommando zu richten unter Angabe des letzten Feldtruppendienstes.

Amerikanischer Deutschenbund. Zwanzig hervorragende Mitglieder der New Yorker Metropolitan-Oper wurden verabschiedet, weil sie deutsche oder österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind. Die Direktion gehörte, ohne Einfluss zu echeben, den Anordnungen des Staatsdepartements.

Ein französisches Handelsschiff gesunken. Nach einer Havasmeldung ist beim Zusammenstoß eines französischen Handelsschiffes mit dem französischen Unterseeboot "Brairial" das Handelsschiff gesunken. Nur ein Teil der Besatzung konnte gerettet werden.

Um Volo Vachas Erbschaft. Wie französische Blätter mitteilen, weiß man nicht, was mit Volo Vachas Hinterlassenschaft geschehen soll. Frau Volo-Müller komme als Erbin nicht in Betracht, weil Volo in Doppelheirat gelebt habe. Als legitime Frau komme nur die erste Gattin in Frage, die Anspruch auf das halbe Vermögen habe. Die Regierung wolle jedoch ein Gesetz vorbereiten, das ihr das Recht gebe, die 10 Millionen, die Volo erhalten habe, zu beschlagnahmen.

Tirol ohne Fremdenverkehr. Der Landwirtschaftsrat für Tirol und Vorarlberg hat sich in einstimmigem Beschluss für das uneingeschränkte Verbot des Zusuges auswärtiger Fremder für 1918 ausgesprochen. Da in den für den Sommerfischerverkehr in Betracht kommenden Gemeinden durchweg Lebensmittel nicht in dem Maße zur Verfügung stehen, daß die Gemeinden auch nur in bescheidenem Maße die Versorgung der Sommergäste auf sich nehmen könnten, hat die Statthalterei für Tirol und Vorarlberg die Bezirksbehörden ermächtigt, die Ausstellung von Lebensmittellizenzen an Sommergäste zu verweigern.

Erdbeben. Laut Havas fand in Ostanatolien und in Utah ein Erdbeben statt. Die Inseln Hemet und San Jacinto wurden völlig vernichtet und alle Gebäude zerstört. Das Erdbeben, das 20 Sekunden dauerte, wurde in ganz Kalifornien verspürt und rief große Panik hervor.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro, Amtlich.)
3. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Schlachtfestfront lebte der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten auf. Starke Feuerwirkung folgten feindliche Feuerangriffe südlich von Villers-Bretonneux und auf dem Westufer der Aare. Im übrigen beschränkte sich die Infanterie auf Erfundungen.

An der lothringischen Front hielt die rege Tätigkeit des Feindes an.

Osten.

Ukraine.

Auf der Linie Jekaterinoslaw—Charkov sind wir in das Donez-Gebiet einmarschiert. Am asowischen Meer haben wir Taganrow besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Budendorff.

Zur Ablehnung der Wahlrechtsvorlage.

Berlin, 3. Mai. Zur gestrigen Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus sagt die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung": Niemand wird denen, die gegen das gleiche Wahlrecht entschieden haben, vorwerfen wollen, daß sie ihrer Abstimmung andere Gründe als die, die ihnen ihr Gewissen vorschrieb, zugrundegelegt haben. Heute das Verlangen an die Regierung zu stellen, daß sie doch noch von dem Grundzuge des gleichen Wahlrechtes abgehen solle, bedeute eine Zunutung, deren Erfüllung man von vornherein nicht erwarten dürfe. Es ist von der Regierung gefordert worden, daß sie schon jetzt das äußerste Mittel der Auflösung des Abgeordnetenhauses anwenden solle. Der Vizepräsident des Staatsministeriums hat keinen Zweifel daran gelassen, daß die Regierung ernstlich gewillt ist, diesen Weg grundsätzlich zu beschreiten; die Auflösung ist aber doch nur ein letztes Mittel, das nur dann angewendet werden darf, wenn es andere Wege, das Ziel zu erreichen, nicht mehr gibt. Die Pause zwischen der zweiten und dritten Lesung wird trotz der gestrigen Abstimmung einen Weg finden lassen, er eine Verständigung zwischen den Parteien und der Regierung sichert.

In der "Freisinnigen Zeitung" heißt es: Warten wir ohne große Zübericht ab, was bei den weiteren Verhandlungen herauskommt. Die bisher vorgeschlagenen Sicherungen können vom Grundsatz der freiheitlichen und natürlichen Entwicklung nicht genehmigt werden; weder die Festlegung des konfessionellen Charakters der Volksschule, noch irgendwelche Experimente mit der Abgrenzung von Wahlkreisen können als Kompensationen in Betracht kommen.

Die "Deutsche Tageszeitung" vermag Sicherungen von sachlichem und einigermaßen dauerhaften Wert einzusehen nur auf dem Gebiete der Wahlkreiseinteilung zu sehen.

Die "Post" möchte eine möglichst feste Verankerung der Mehrheitsgrundlage in der Verfassung selbst zum Schutze gegen künftige Umsturzpläne errichtet sehen.

Der "Vorwärts" schreibt: Die Sozialdemokratie wird die Ergebnisse der Verhandlungen bis zur dritten Lesung abwarten, ehe sie endgültig zu ihrer Stellung nimmt, aber unser Vertrauen zu einer annehmbaren und günstigen Entwicklung der Dinge ist äußerst gering.

Die "Tägliche Rundschau" schreibt: Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Preußen kommt. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden. Es gilt nunmehr an Sicherungen und Schutz für den Staat herauszuholen, was erreichbar ist. Regierung und Mehrheitsparteien können sich bei dieser Aufgabe nicht als Gegner gegenüberstehen, sondern müssen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Die lezte Barriere.

Bern, 2. Mai. Die Einnahme des Kammelberges wird von der französischen Presse weiter besprochen. Die Blätter versuchen im allgemeinen die Bedeutung des Ereignisses durch den Hinweis darauf abzuschwächen, daß es den deutschen Truppen nicht gelungen sei bei dem gleichzeitigen Angriff auf die Linien vor Aamiens größere Erfolge zu erzielen. "Petit Parisien" ist gegen diese Papieraktivität. Man dürfte das unglückselige Abenteuer in seiner Tragweite nicht herabsehen. Die Höhen, die der Feind jetzt angreift und größtenteils schon zu Fall gebracht habe, seien die lezte Barriere, die die Straße nach Tünkirchen versperrten. Der Fall aller Höhen bis zum Catsberg würde die Stellung der englischen und belgischen Truppen an der Yser schwer gefährden. Der "Temps" meint, man müsse auf neue Angriffe auf diesem Abschnitt des Schlachtfeldes sich gefaßt machen. Der "Matin" schreibt: Die Deutschen versuchen, den äußersten linken Flügel der englisch-französischen Armeen mit aller Gewalt zu sprengen. Die Deutschen haben es Dank ihrer inneren Verbindungslinien bisher immer fertig gebracht, sich die ziffernmäßige Überlegenheit zu sichern. Man muß hoffen, daß der Widerstand der Ententetruppen sich zunehmend verstärkt.

Leichter Wetterdienst

Voraussichtliche Witterung für die Zeit vom Samstag, 4. Mai: Stellenweise Morgennebel, sonst trocken und meist ziemlich warm.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

Königl. Obersförsterei Herborn.

Dienstag, den 7. Mai, kommt aus dem Schutzbezirk Ein in dem Kunischen Saale in Ein von vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr an folgendes Holz zum Angebot: Distr. 2c, 4a, 5b Mühlberg, 16, 19 Eichbachboden, 23a c, 25b Schieferboden, 28a b, 29b Kalkboden. Eichen: 3 Stämme 4r u. 5r Kl. — 0,99 fm (Distr. 16, 19), 23 Km. Scheit u. Knüppel, 55 Km. Reisernknüppel. Buchen: 900 Km. Scheit u. Knüppel, 250 Km. Reisernknüppel, 560 Km. Reiser 8r Kl. 60 Hdt. Wellen und aus Distr. 10b 6 kurze Stämme 4r Kl. u. 1 5r Kl. mit 1,90 fm. Weichholz: 9 Km. Scheit u. Knüppel und 2,50 Hdt. Wellen. Nadelholz: 56 Km. Ruz. u. Brennholz u. Knüppel u. 90 Stück Säcken Gerten 4r—6r Kl. Die mit X versehenen Brennholzstücke kommen nicht zum Verkauf.

Die Theatervereinigung Herborn

hat morgen, Samstag abend 8 Uhr

Versammlung im Vereinslokal.

Der Vorstand

Lichtspieltheater Herborn

Saalbau Metzler.

Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr,
abends 1 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Giovannis Rache

Detektivschauspiel von Harry Higgin in 5 Akten.

Ein delikater Auftrag

lustspiel in 3 Akten.

Stradivarius-Geige

Kedi macht Krieg

Zauberexperimente

Dunkels Erbe.

Möbelversteigerung.

Am kommenden Montag, den 6. Mai 1918 (Montag) bringe ich im Saalbau Metzler (Mühlestraße) beginnend von morgens 9 $\frac{1}{2}$ Uhr ab folgende Sachen zur öffentlichen freiwilligen Versteigerung: 1 vollst. Bett, 1 Sofa in braunem Lederezug, 1 Herd, 1 Schrotmühle, 1 Feuerstelle mit Mutterkuh, 1 Schreibpult, 1 Wäschmaschine, 1 Wäschmaschine mit Handbetrieb, 1 Stoffkasten, 1 Wellenbadewanne, 2 Kinderwagen, 1 Ansichtskarte, 1 schöner Bilderrahmen, 1 Konzertstuhl (ehre gut), 1 Partie neuer Herren- und Damen-Stroh Hüte, 4 Taschenuhren, 1 Gasheizung (95 \times 75), 1 Majolikaherd (neu gebaut 1,1 \times 75), 1 Schornsteinaussatz (neu), 1 Kaiser Friedrich-Wiege und dergleichen mehr.

Herborn.

Ferd. Nicodemus.

Wer noch

Forderungen oder Zahlungen

an die
Maschinenfabrik Roth, G. m. b. H., in Roth
in Liquidation.

zu leisten hat, wird hiermit aufgefordert, solche bei mir als Liquidator der Firma bis 15. Mai 1918 anzumelden.

Chringhausen (St. Wetzlar), 30. April 1918.

S. Archenhold

Ziegenzuchtverein Herborn.

Der Weideauftrieb der Ziegen beginnt Montag, den 6. Mai, mittags 1 Uhr von der Mühlgräfe nach dem Döllenberg. Das Weidegeld beträgt für jede Ziege 20 Pf. und für jedes Lamm 25 Pf. pro Woche.

Der Vorstand.

Tabak.

Führer im Tabakbau.

Anleitung zum Anbau von Tabak, Beizien und Herstellen von Rauch- und Rautabak, Bigarten und Zigaretten. Bei Boreinsendung des Betrages 1,50 Mt. Nachnahme 80 Pf. mehr.

H. Frey, Engers (Rhein)

Wendorferstr. 46a

Gesäßgängzucht-Verein
Herborn.

Hühnerfutter

sonntag und montag
zwischen 12 und 2 Uhr bei mir
abgeholt werden.

W. C. Müller, Wendorferstr.

10 $\frac{1}{2}$ Uhr: Tüchtiges Mädchen

zum 15. Mai oder 1. Jun

gesucht.

Grau Dr. Weh, Wendorferstr.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, 5. Mai (Nogatik)
Jahresfest des Gemein-

schaf- und Erziehungs-

vereins

Herborn:

10 Uhr: Dr. Del. Prof. Dr. Dr.

Bieder: 99, 239.

Kollekte f. d. Gemeinschaftsverein.

Christenlehre f. d. weibl.

Jugend der Stadt.

1 Uhr: Kindergottesdienst.

2 Uhr: Dr. Pfarrer Demand

aus Freudenberg.

Ziel 189.

Kollekte f. d. Gemeinschaftsverein.

4 Uhr: Nachversammlung im

großen Saal des Vereins-

hauses.

Burg:

10 $\frac{1}{2}$ Uhr: Kindergottesdienst.

Mittwoch 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends:

Jünglingsverein im Vereins-

haus.

Donnerstag, abends 6 Uhr: Ge-

beteiligung für den Kir-

gottesdienst im 1. Pfarrhaus.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank.)

Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45. Herborn. Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7795.

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Die BANK FÜR HANDEL & INDUSTRIE, Agentur Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmässigen Geschäfte wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankfächern.

Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Die Bank für Handel & Industrie ist laut Bekanntmachung der Grossherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900* in Hessen zur Annahme von Mündelgeldern geeignet.